Marcel Boldorf

Die gelenkte Kriegswirtschaft im besetzten Frankreich (1940–1944)

Vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, dass in keinem anderen von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges besetzten Land – mit Ausnahme von Dänemark – das Zahlenverhältnis zwischen Besatzern und Besetzten so niedrig war wie in Frankreich¹. Den notorischen Mangel an Personal bemerkte bereits Werner Best, der Chef der Zivilverwaltung beim Militärbefehlshaber in Frankreich (MBF). In Ländern wie Frankreich hielt er es deshalb für notwendig, dass die Wehrmacht zwar die Kontrolle über das jeweilige besetzte Gebiet ausüben, aber nicht die dortige Verwaltung ersetzen sollte². Allerdings wird damit die Frage nach der Durchsetzbarkeit der deutschen, die Wirtschaftslenkung betreffenden Anweisungen aufgeworfen. Da Zwang und Überwachung nicht allgegenwärtig sein konnten³, war die Mitwirkung der französischen Verwaltung und der Unternehmen unerlässlich, um die deutschen kriegswirtschaftlichen Ziele zu erreichen. In dem folgenden Beitrag stehen daher die Institutionen und Instrumente im Blickpunkt, die den deutschen Besatzern angesichts dieser Situation dennoch die wirtschaftliche Einflussnahme auf das besetzte Gebiet ermöglichten. Nur am Rande werden hingegen die Strategien der wirtschaftlich Handelnden in Unternehmen und Verwaltungen auf französischer und deutscher Seite betrachtet⁴.

Strategischen Erwägungen folgend wurde das französische Staatsgebiet nach dem Waffenstillstand in sechs Territorien unterteilt: die besetzte Zone (*zone occupée*) im Norden, die bis November 1942 nicht besetzte Zone (*zone non occupée*) im Süden, die dem Brüsseler Kommando unterstellten Departements Nord und Pas-de-Calais, von denen die so genannte verbotene Zone (*zone interdite*) unterschieden wurde, Elsass-Lothringen (*Alsace-Moselle*) sowie ein vorgelagerter Streifen, die so genannte reservierte Zone (*zone réservée*). Die besetzte Zone umfasste zwei Drittel des französischen Staatsgebietes und einen ebenso hohen Anteil der Einwohner des Landes. Sie erzeugte den größten Teil der Industrie-

¹ *Ulrich Herbert*, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989 (Bonn ²1996) 290.

² *Werner Best*, Großraumordnung und Großraumverwaltung, in: *Zeitschrift für Politik* 32 (1942) 406–412.

³ Vgl. dazu auch Balcar, Kučera in diesem Band.

⁴ Zu den Führungskräften in Unternehmen vgl. Joly in diesem Band.

und Agrarprodukte⁵. Paris blieb nicht nur ihr wirtschaftliches Zentrum, sondern auch der Ort der Kollaboration, denn hier fanden die konkreten Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsstab des MBF und den verbliebenen Mitarbeitern des französischen Industrie- sowie des Finanzministeriums statt⁶. Bezüglich der Wirtschaftslenkung in Frankreich waren nämlich sowohl die diplomatischen Verhandlungen in Wiesbaden als auch die Einflussnahme der Vichy-Regierung von untergeordneter Bedeutung. Im September 1941 existierten 38 Feld- und 142 Kreiskommandanturen, deren Wirtschaftsreferate jedoch keineswegs für eine flächendeckende Kontrolle der besetzten Zone sorgen konnten⁷. An vielen Orten war lediglich eine Handvoll Militärs präsent, und die Rüstungsinspektionen konnten höchstens einige rüstungsrelevante Fabriken sporadisch überprüfen. Noch weniger war zunächst der französische Süden zu überwachen, auch wenn er selbst vor dem deutschen Einmarsch keineswegs als „frei“ zu bezeichnen ist. Die deutsche Rüstungsinspektion Bourges unterhielt Unterabteilungen in Clermont-Ferrand, Lyon, Avignon und Toulouse. Zunächst überwachten diese Stellen die französische Entwaffnung, bemühten sich aber später, ihren Einfluss auch auf die Wirtschaft auszudehnen⁸.

Eine stärkere Position hatte die deutsche Wirtschaftsverwaltung in den kleinen Randgebieten des zerstückelten französischen Territoriums. Die Montanregion Nord/Pas-de-Calais wurde direkt von Brüssel aus, d. h. allein mit Rückgriff auf die Verwaltung, aber ohne kollaborierende Regierung, administriert und war damit sowohl der Einflussnahme Vichys als auch dem unmittelbaren Zugriff der Wirtschaftsabteilung des Pariser MBF entzogen. Noch mehr standen das Elsass und ein Teil Lothringens (das Département Moselle) außerhalb der Kontrolle der französischen Regierung. Nach dem deutschen Einmarsch wurden die beiden Gebiete zwar nicht de jure, aber de facto annektiert und ihre Wirtschaftsverwaltung den angrenzenden Reichsgauen unterstellt. Die in der nördlichen Grenzregion als „verboten“ bzw. „reserviert“ bezeichneten Gebiete waren dagegen Teile der besetzten Zone mit besonderem Rechtsstatus. Während sich dies bei der erstgenannten auf Flüchtlingsfragen bezog, deutete die Bezeichnung als „reservierte Zone“ auf künftige Annektionsabsichten im Sinne der Herstellung eines großgermanischen Reiches hin. Die Sonderbehandlung während des Krieges bezog sich auf die Ansiedlung von Neubauern durch die deutsche Ostland-Gesellschaft. Wirtschaftlich unterstanden beide Gebiete aber dem Pariser MBF. Die Kollaborationsstrategie der französischen Teilregierungen in Vichy und Paris richtete sich darauf, das

⁵ *Hervé Joly*, Introduction, in: *L'économie de la zone non occupée 1940–1942*, hrsg. v. *dems.* (Paris 2007) 16; im Folgenden zitiert: *Joly*, Introduction.

⁶ Vgl. die Verhandlungsprotokolle in: Archives Nationales de Paris (ANP), F 37/3 und F 37/4.

⁷ Bundesarchiv-Militärabteilung (BArch-MA), RW 35/8. Militärbefehlshaber in Frankreich (MBF), Abt. I a Kommandostab. Lagebericht August/September 1941 vom 30. September 1941. BArch Berlin R 3101/32261. Bericht des Reichswirtschaftsministeriums über die deutsche Wirtschaftspolitik in Frankreich vom 10. Juli 1943.

⁸ *Joly*, Introduction 21f.

gesamte Staatsgebiet als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, um die nationale Souveränität zu behaupten⁹.

1. Eingriffe in die Eigentumsordnung

Das erste Halbjahr der deutschen Besatzung war von Requisitionen geprägt. Nach deutscher Auffassung der Haager Landkriegsordnung war das Eigentum des französischen Militärs legitime Kriegsbeute und daher entschädigungslos einzuziehen¹⁰. Darüber hinaus wurden Fertigwaren und Rohstoffe unter Missachtung völkerrechtlicher Konventionen ins Reichsgebiet verbracht. Die Wirtschaftstrupps der Frontverbände beschlagnahmten Rohstoffe, darunter so genannte Mangel- und Spargüter, z.B. die in den französischen Häfen lagernde Baumwolle oder die Vorräte der Textilbetriebe¹¹. Besonders gefragt waren Metalle, die im Reich zur Neige gingen, wie etwa Kupfer, das bis Ende 1940 in einer Menge von ca. 135 000 Tonnen nach Deutschland abtransportiert wurde¹². Sofern es sich nicht um Eigentum des französischen Staates handelte, war eine Requisition „auf rein privatwirtschaftlicher Basis“¹³ vorgesehen. Als formaler Käufer, d.h. Buchungs- bzw. Durchgangsstelle, trat die „Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft“ auf. Über sie gelangten die Produkte an verschiedene Reichsstellen bzw. deutsche Unternehmen. In den Waffenstillstandsverhandlungen konnten die deutsche und französische Seite keine Einigung über die Finanzierung der Requisitionen erzielen. In der Praxis blieben Geschädigte deshalb, sofern ihnen eine Empfangsbescheinigung ausgehändigt worden war, auf den Gang zu den örtlichen französischen Behörden angewiesen¹⁴.

Im November 1940 gestand das Oberkommando der Wehrmacht ein, dass „ein Ausschöpfen des Beuterechts [...] Frankreich aller Mittel berauben“ würde, „die zur ordnungsmässigen Verwaltung erforderlich sind, insbesondere die Zahlung der geforderten Besatzungskosten unmöglich machen“ würde¹⁵. Die Besatzer verletzten punktuell und teilweise willkürlich die Eigentumsrechte französischer Un-

⁹ Henry Rouso, *Le régime de Vichy* (Paris 2007) 31; im Folgenden zitiert: *Rouso, Régime de Vichy*.

¹⁰ Hans Umbreit, *Les politiques économiques allemandes en France*, in: *L'occupation, l'Etat français et les entreprises*, hrsg. v. Olivier Dard, Jean-Claude Daumas, François Marcot (Paris 2000) 25–28.

¹¹ Michel Margairaz, *L'état, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952*, Bd. 1 (Paris 1991) 609; im Folgenden zitiert: *Margairaz, L'état, les finances et l'économie*.

¹² Alan S. Milward, *The New Order and the French Economy* (Oxford 1970) 80; im Folgenden zitiert: *Milward, The New Order*.

¹³ BArch-MA, RW 35/10. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht für den Monat August 1940 vom 2. September 1940.

¹⁴ Hans Umbreit, *Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944* (Boppard 1968) 213f. Im Folgenden zitiert: *Umbreit, Militärbefehlshaber in Frankreich*.

¹⁵ ANP, AJ 40/443. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht für den Monat November 1940 vom 3. Dezember 1940.

nehmer, doch eine dauerhafte Beschlagnahme von Anlagen und Vermögen unterblieb zumeist. Als die deutsche Besatzungsverwaltung durch die fortlaufende Erhebung von Besatzungskosten finanziell besser ausgestattet war, holte sie bis Ende Oktober 1942 Zahlungen in Höhe von 540 Millionen Francs an französische Stellen nach¹⁶.

Gleichwohl gab es schmerzliche Eingriffe in die Eigentumsverfassung, die zuvorderst die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen betrafen. Philippe Verheyde untersuchte die Ergebnisse dieser verbrecherischen Politik in 175 Fällen, vor allem im Einzelhandel und in der Konsumgüterindustrie¹⁷. Nur ausnahmsweise waren die Pläne deutscher Unternehmer, Anteil an den beschlagnahmten und enteigneten Firmen zu erhalten, erfolgreich. Gleichzeitig weisen Fallbeispiele aus der unbesetzten Zone darauf hin, dass es nicht erst des deutschen Einmarsches bedurfte, um den Angriff auf das jüdische Eigentum zu beginnen¹⁸. Die Etappen der Arisierungspolitik können hier nicht nachgezeichnet werden. Für unsere Zwecke bleibt als Ergebnis aber festzuhalten, dass sie weder zu einer massiven Ausweitung der deutschen Kontrolle über französisches Eigentum noch zu Verstaatlichungen führte, d. h. das Kapital der arisierten Unternehmen verblieb fast immer in privater französischer Hand.

Überhaupt befand sich nur ein kleiner Teil der französischen Wirtschaft in staatlichem Besitz. Unter der Volksfront-Regierung waren mehrere Privatbahnen in die staatliche Société des Chemins de Fer Français (SNCF) überführt worden. Daneben hatte man seit 1936/37 einige kriegswichtige Betriebe, insbesondere in der Munitionsproduktion sowie im Flugzeugbau, nationalisiert¹⁹. Nach dem Einmarsch stellten die deutschen Besatzer die Unternehmen des Bergbaus sowie des Eisen- und Stahlsektors unter Sequester. Diese Betriebe lagen in den meisten Fällen in Nord/Pas-de-Calais bzw. im nordostfranzösischen Montanrevier, das in die besetzte Zone hineinreichte. Die Stahlwerke Lothringens unterstanden ab Juli 1940 dem Saarindustriellen Hermann Röchling, und ab 1941 wurde das gesamte Revier, einschließlich der Werke im Departement Meurthe-et-Moselle, in die Treuhandschaft reichsdeutscher Großkonzerne überführt²⁰. Die Kriegs- und Rüstungsrelevanz des Montansektors, der sich auf die nördlichen Grenzgebiete konzentrierte, hatte im übrigen schon bei der Ziehung der Demarkationslinie Berücksichtigung gefunden.

¹⁶ Umbreit, Militärbefehlshaber in Frankreich 214.

¹⁷ Philippe Verheyde, Vichy, die deutsche Besatzungsmacht und ihre wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der „Arisierung“ der großen jüdischen Unternehmen, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte (ZUG) 50 (2005) 218–231. Vgl. auch Joly in diesem Band.

¹⁸ Vgl. die Beispiele im Kapitel „Aryanisation des entreprises en ZNO“, in: Joly, Économie de la zone non occupée 301–363.

¹⁹ Georges Ribeill, Y a-t-il eu des nationalisations avant la guerre?, in: Les Nationalisations de la libération. De l'utopie au compromis, hrsg. v. Claire Andrieu u. a. (Paris 1987) 40–52.

²⁰ Vgl. als Überblick: Françoise Berger, Die Beziehungen zwischen der französischen und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie während des Krieges, in: ZUG 50 (2005) 159–180.

Von dem Zugriff auf einzelne Branchen und den Arisierungen abgesehen, blieb das Privateigentum an Produktionsmitteln im größten Teil der französischen Wirtschaft erhalten²¹. Auch hieraus ergab sich, wie bereits angedeutet, für die deutschen Besatzer die Notwendigkeit, geeignete Organe für die Lenkung der Wirtschaft zu installieren. Zum Teil hatte der französische Staat jedoch entsprechende institutionelle Regelungen bei der Mobilisierung für den Krieg bereits eingerichtet, sodass sie der MBF nur noch für seine Zwecke umfunktionieren musste.

2. Die Organisationskomitees und der Umbau der Wirtschaft

Dass der Beginn der Besatzungszeit keineswegs ausschließlich von Beutemachen gekennzeichnet war, belegt die frühe Kontaktaufnahme des Leiters der Wirtschaftsverwaltung des MBF Elmar Michel mit kollaborationsbereiten französischen Kreisen²². Die Ansprechpartner des MBF gehörten fast alle einer Gruppe von Technokraten an, auch synarchistes genannt, die in den 1930er-Jahren einflussreiche Positionen in der Wirtschaft bekleidet hatten und im Zuge der Umstellung auf die Kriegswirtschaft in hohe Regierungsämter vorgerückt waren. Mit den deutschen Besatzern verband sie die Deckungsgleichheit ihrer Interessen hinsichtlich einer autoritären, korporativen Reorganisation des französischen Staates²³. Seit August 1940 konkretisierten die französischen Fachleute die Planungen für den institutionellen Umbau der Wirtschaft. Neben einer gewissen ideologischen Affinität zu den deutschen Besatzern scheinen die Motive der Kollaborateure in pragmatischer Interessenswahrung Frankreichs gelegen zu haben. Nach Eintritt des Waffenstillstands war ihr Primärziel, die Produktion von Konsumgütern und Nahrungsmitteln, aber auch von Investitionsgütern wieder in Gang zu setzen, damit Frankreich vor Hunger und materieller Not bewahrt bliebe. Man wollte den deutschen Plünderungen etwas entgegensetzen, um die Wirtschaft wieder in geordnete und kontrollierbare Bahnen zu lenken. Unter dem Schock der Niederlage gingen die französischen Kollaborateure davon aus, dass Deutschland den Krieg siegreich beenden werde und dies Frankreich als erstem Land Gelegenheit gebe, sich seinen Platz in einer europäischen Nachkriegsordnung unter deutscher Hegemonie zu sichern.

Die frühesten Maßnahmen zur Neugliederung der französischen Wirtschaft gingen auf das Gesetz zur vorläufigen Organisation der Industrieproduktion vom

²¹ In dieser Hinsicht unterschied sich die französische Situation kaum von derjenigen im Deutschen Reich, vgl. *Christoph Buchheim, Jonas Scherner*, Anmerkungen zum Wirtschaftssystem des „Dritten Reichs“, in: *Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus*, hrsg. v. *Werner Abelsbauser, Jan-Otmar Hesse, Werner Plumpe* (Festschrift für Dietmar Petzina, Essen 2003) 81.

²² ANP, AJ 41/397. Schreiben von Léon Noël, Generaldelegierter der französischen Regierung in den besetzten Gebieten, an die Staatsregierung vom 9. August 1940.

²³ *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 560f.

16. August 1940 zurück²⁴. Mit den Organisationskomitees (Comités d'organisation) wurde eine korporative Gliederung der Wirtschaft eingeführt, die mit den Wirtschaftsgruppen im Reich vergleichbar war. Der Gesetzestext, der in manchen Bestimmungen an das französische Kriegswirtschaftsgesetz vom 11. Juli 1938 anknüpfte, entstammte dem von René Belin geleiteten Industrieministerium. Abgefasst wurde er vom Kabinettschef des Ministers Jacques Barnaud, einem Vertreter jener erwähnten Gruppe von Technokraten, dem die gleichgesinnten Jean Bichelonne und Henri Lafond zur Seite standen²⁵. Die Ausarbeitung wurde hastig erledigt, sodass sich dem organisierten Unternehmertum wenig Möglichkeiten zur Einflussnahme boten²⁶. Zu fragen bleibt aber, ob die Organisationskomitees in der Praxis tatsächlich die entscheidenden Organe zur Lenkung der Wirtschaft wurden.

Frühere Forschungen zum Wirtschaftssystem Vichy-Frankreichs hoben stark auf die Rolle jener korporativen Organe ab²⁷. Das erste Organisationskomitee entstand Ende September 1940 in der Automobilindustrie, ihm folgten bis Jahresende ca. 30 weitere Gründungen²⁸. Anfang 1942 betrug ihre Zahl 110, bis 1944 erhöhte sie sich auf schließlich über 200²⁹. Hinsichtlich der inneren Organisation konnte man zwei Arten unterscheiden³⁰: Die Mehrzahl der Komitees umfasste fünf bis sechs Mitglieder unter dem Vorsitz eines gewählten Präsidenten und fasste seine Beschlüsse als kollegiales Organ. Dieser Typus, der für die wichtigen Industriebranchen kennzeichnend war, knüpfte sowohl organisatorisch als auch personell an existierende Strukturen an. Eine zweite, eher autoritäre Form legte die alleinige Machtbefugnis in die Hand eines verantwortlichen Direktors, dem nur eine konsultative Kommission zur Seite stand. Dies entsprach dem Führerprinzip in den deutschen Wirtschaftsgruppen; es fand in Frankreich vor allem in Branchen Anwendung, deren Organisationsgrad auf nationaler Ebene vorher nur schwach ausgeprägt war³¹. Um eine rasche Umsetzung des Gesetzes zu gewährleisten, lehnte sich die Gründung der Komitees eng an die bestehenden Arbeitgebervereinigungen an, sodass die Führungspersönlichkeiten großer Industrieunternehmen in den Spitzenpositionen verblieben. Fälle von Ämterhäufungen waren hierbei nicht selten, wobei Mitglieder der Gruppe der *synarchistes* mehrfach ins vordere Glied rückten. Zwei markante Beispiele für solche Karrieren waren François

²⁴ Journal officiel Nr. 205 vom 18. August 1940.

²⁵ Margairaz, L'état, les finances et l'économie 512.

²⁶ Richard Vinen, The Politics of French Business 1936–1945 (Cambridge 1991) 103; im Folgenden zitiert: Vinen, Politics of French Business.

²⁷ Henry Rouso, L'organisation industrielle de Vichy, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 116 (1979) 27–44.

²⁸ ANP AJ 41/397. Synthese der Berichte der französischen Präfekte in der besetzten Zone vom 6. Dezember 1940.

²⁹ Margairaz, L'état, les finances et l'économie 522.

³⁰ Ebd. 513.

³¹ Hervé Joly, Les comités d'organisation: un ensemble vaste et disparate, in: Les comités d'organisation et l'économie dirigée du régime de Vichy, hrsg. v. *dem.* (Caen 2004) 88; im Folgenden zitiert: Joly, Comités d'organisation.

Lehideux und Pierre Pucheu. Lehideux, der Neffe Louis Renaults mit einer leitenden Funktion im Familienkonzern, stieg zum Vorsitzenden des Organisationskomitees der Automobilindustrie auf. Zugleich hatte er eine Funktion in den Bewirtschaftungsabteilungen für Eisen und Stahl sowie für Treibstoffe inne. Der Stahlindustrielle Pucheu wurde Vorsitzender des Organisationskomitees der Maschinenbauindustrie und wirkte gleichzeitig in der Bewirtschaftung der Zulieferbranchen Eisen und Stahl sowie Kohlenbergbau mit³². Die Machtfülle dieser beiden herausragenden Vichy-Kollaborateure verstärkte sich dadurch, dass sie im Laufe des Jahres 1941 wichtige Regierungsämter einnahmen³³.

Detailliertere Forschungen zeigen jedoch, dass die Organisationskomitees nur auf dem Papier über weit reichende Kompetenzen verfügten³⁴: Zwar sah das Gesetz vom August 1940 Aufgaben wie die statistische Erfassung der Betriebe, die Festlegung der Produktionsprogramme, die Organisation von Rohstoffwerb und -verteilung sowie die Erstellung eines Verteilungsschlüssels vor. Doch in der Realität vermochten sie diese Kompetenzen niemals wahrzunehmen, insbesondere nachdem im Folgemonat ein zentrales Bewirtschaftungsamt ins Leben gerufen worden war, das *Office central de Répartition des Produits industriels* (OCRPI), das über die Verteilung von Input-Faktoren an die einzelnen Branchen bestimmte³⁵. Diese generelle Verteilung von Rohstoffen wie Kohle, Roheisen, Treibstoff usw. auf die Industriezweige erwies sich aber als die entscheidende Bewirtschaftungsstufe. Die Organisationskomitees konnten, sofern die Besatzungsmacht nicht eingriff, lediglich die Weiterverteilung an die Betriebe übernehmen³⁶.

Besonders deutlich wurde die Unterordnung der Organisationskomitees im Frühjahr 1941, als François Lehideux' Versuch scheiterte, sie im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lenkungsverfahrens zu platzieren. Mit einem Schreiben an verschiedene Unternehmen wollte er den Durchführungsmodus hinsichtlich der Bearbeitung der deutschen Aufträge in Erinnerung bringen³⁷. Jeder Betrieb, der eine Bestellung erhielt, sollte dem Organisationskomitee über die Ordnungsnummer, den Namen des deutschen Geschäftspartners, Liefermenge und -preis sowie den Zahlungsmodus Meldung erstatten. Damit pochte er auf die Rechte, die den Komitees bei ihrer Einrichtung zugestanden worden waren. Der für die Rüstungsinspektion zuständige Wehrwirtschafts- und Rüstungsstab verwahrte sich allerdings gegen „unerlaubte Eingriffe französischer Organisationen in die Verlagerung

³² Margairaz, *L'état, les finances et l'économie* 523. Vgl. auch: Dominique Barjot, Introduction, in: Joly, *Comités d'organisation* 9.

³³ ANP, AJ 40/443. MBF, Abt. I a Kommandostab. Lagebericht zum März 1941 vom 31. Mai 1941. Lehideux wurde als „Generaldelegierter für den Zehnjahresplan“ bezeichnet (im Französischen *Délégué général à l'équipement national*); Pucheu war von 1941 bis 1942 Innenminister.

³⁴ Margairaz, *L'état, les finances et l'économie* 512.

³⁵ Gesetz vom 10. September 1940.

³⁶ Margairaz, *L'état, les finances et l'économie* 571.

³⁷ ANP, AJ 40/776. Rundschreiben des Vorsitzenden des Organisationskomitees Automobilbau François Lehideux vom 4. März 1941.

deutscher Wehrmachtsaufträge nach dem besetzten Gebiet Frankreichs³⁸. Die neben dem MBF stehende Stelle befürchtete, dass von französischer Seite Junktims formuliert werden könnten, etwa hinsichtlich der Freigabe beschlagnahmter Rohstofflager. Die Wirtschaftsabteilung des MBF reagierte sogleich, indem sie den Leiter des zentralen Bewirtschaftungsamtes Bichelonne nachdrücklich anwies, dass Fertigungs- und Bearbeitungsaufträge sowie Lieferverträge grundsätzlich unmittelbar zwischen den beteiligten deutschen und französischen Firmen abzuschließen seien³⁹. Den Organisationskomitees wurden die Möglichkeiten zur Beeinflussung der Verhandlungen hinsichtlich der Lieferbedingungen, Preise und Rohstoffzuteilungen endgültig aberkannt. Eine formelle Übereinkunft, in die Bichelonne im Alleingang einwilligte, besiegelte diese Verfahrensweise. Als Generalsekretär des französischen Industrieministeriums betonte er in einem Rundschreiben an die Unternehmen sowie in einer Presseveröffentlichung, dass die Organisationskomitees nicht als Kontrollgremien agieren dürften⁴⁰.

Zu einer praktisch wirksamen Machtkonzentration kam es nur, wenn die Komiteedirektoren gleichzeitig eine Funktion im zentralen Bewirtschaftungsamt einnahmen. Neben den oben angeführten Regierungsvertretern war hierfür Aimé Lepercq ein Beispiel, weil er als Direktor des Organisationskomitees Kohle gleichzeitig in mehreren Sektionen des zentralen Bewirtschaftungsamtes vertreten war⁴¹. In einem anderen Fall entwickelte sich jedoch ein Konflikt: Robert Carmichaël war zum einen Direktor des Organisationskomitees Textil und zum anderen für die Rohstoffbewirtschaftung in dieser Branche verantwortlich. Nach der Ernennung zum Industrieminister wirkte Lehideux massiv auf Carmichaëls Absetzung hin, weil er ihm eine Vernachlässigung der Interessen der großen Textilkonzerne vorwarf. Allerdings galt Carmichaël wegen seines exzellenten Kollaborationsverhaltens bei der Umsetzung des Kehrl-Plans, der die französischen Textillieferungen ins Deutsche Reich festlegte, als Günstling der deutschen Administration⁴². Im November 1941 stimmte der MBF der Entlassung daher nur unter der Bedingung zu, dass Carmichaël in die deutsch-französischen Textilverhandlungen einbezogen blieb.

3. Die Schlüsselfunktion des zentralen Bewirtschaftungsamtes (OCRPI)

Als das Gesetz vom 10. September 1940 die Pariser Bewirtschaftungsbehörde ins Leben rief, übernahm mit Jean Bichelonne ein Wirtschaftskollaborateur die Lei-

³⁸ ANP, AJ 40/776. Schreiben an den MBF in Paris vom 11. März 1941. Zur Funktion des Wehrwirtschaftsstabes vgl. *Umbreit*, Militärbefehlshaber in Frankreich 34–36.

³⁹ ANP, AJ 40/776. Schreiben des MBF, Abt. II Wirtschaft, an Bichelonne, Generalsekretär des Industrieministeriums.

⁴⁰ ANP, AJ 40/776. MBF, Abt. II Wirtschaft. Aktenvermerk über die Besprechung mit Bichelonne und Pannié vom 30. Mai 1941.

⁴¹ *Vinen*, Politics of French Business 142. Zum Sturz Lepercqs vgl. Joly in diesem Bd.

⁴² Vgl. *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 562 u. 609.

tung, der über die gesamte Besatzungszeit tonangebend blieb. Trotz einer gewissen Skepsis innerhalb des französischen Industrieministeriums⁴³ wurde die Behörde mit anfangs zehn Sektionen errichtet, die für verschiedene Rohstoff- und Produktgruppen zuständig waren. Von der Wirtschaftsabteilung des MBF wurden sie analog zur Behördenbezeichnung im Reich auch als Verteilungs-, Überwachungs- oder Warenstellen bezeichnet⁴⁴. Im Einzelnen umfassten sie folgende Gruppen bewirtschafteter Waren: Textilien, Eisen und Stahl, Nichteisenmetalle, Kohle, Erdöl, industrielle Fette, chemische Produkte, Papier und Verpackung, Leder sowie Kautschuk. 1941 kamen auf französischen Vorschlag Sektionen für Holzverarbeitung und für Devisenbewirtschaftung hinzu⁴⁵. Seit Dezember 1940 waren den Sektionen des französischen Bewirtschaftungsamtes deutsche Beauftragte übergeordnet⁴⁶. Diese kontrollierten die französische Geschäftsführung und konnten sich bei Bedarf in deren Dienstbetrieb einschalten. Sie hatten auf eine Sachbearbeitung entsprechend den Belangen der deutschen Kriegswirtschaft zu achten.

Bichelonne stellte seit Januar 1941 vierteljährliche Pläne auf, in denen er die Rohstoffkontingente für die französische Wirtschaft festlegte⁴⁷. Das diesem Gesetz folgende Verfahren dafür steckte den angestrebten Rahmen für die Verteilung ab. Hiernach sollten die Organisationskomitees einen Produktionsplan für ihre Branchen unter Angabe der dafür nötigen Inputs erstellen. Das zentrale Bewirtschaftungsamt fasste diese Angaben zu einem Verteilungsplan für die französische Industrie zusammen, der von den Rohstoffen bis zu den Fertigprodukten reichen und alle dazwischen gelagerten Produktionsschritte erfassen würde. Die Behörde hatte einerseits dafür Sorge zu tragen, dass alle Industriezweige ihre Vorgaben einhielten, andererseits verschiedene Produktionen zu stoppen, wenn Lücken und Engpässe auftraten. Jedoch bezeichnete Bichelonne die Datengrundlage für die Erfassung der Betriebe als schlecht. Daher ordnete die MBF-Wirtschaftsabteilung im Oktober 1940 eine statistische Neuerfassung der Betriebe an, was zunächst als Aufgabe an die Präfekten, dann an die Organisationskomitees weitergegeben wurde⁴⁸.

⁴³ ANP, F 37/2. Ausarbeitung eines Entwurfs zur Güterbewirtschaftung gemäß den deutschen Vorstellungen, Aktennotiz Jacques Barnauds vom 5. September 1940.

⁴⁴ ANP, AN AJ 40/444. Chef des Verwaltungsstabes, Lagebericht Monat September 1940 vom 2. Oktober 1940.

⁴⁵ ANP, AN F 37/3. Schreiben Barnauds an Secrétariat d'État à la Production Industrielle, Secrétariat Général à l'Énergie über die Majestic-Besprechung betr. Holzbewirtschaftung vom 2. Mai 1941.

⁴⁶ ANP, AJ 40/408. MBF-Abt. Wirtschaft. Wirtschaftsordnung betr. Rohstoffbewirtschaftung in Frankreich vom 20. Dezember 1940.

⁴⁷ Margairaz, L'état, les finances et l'économie 517.

⁴⁸ ANP, AJ 40/408. Besondere Wirtschaftsordnung des MBF zur statistischen Erhebung vom 15. Oktober 1940. ANP, AJ 40/444. MBF, Chef des Verwaltungsstabes, Lagebericht Oktober 1940 vom 1. November 1940. Vgl. auch: Adam Tooze, Die Erfassung der wirtschaftlichen Tätigkeit: Zur Geschichte der Wirtschaftsstatistik in Frankreich und Deutschland 1914–1950, in: Arbeit und Nationalstaat. Frankreich und Deutschland in europäischer Perspektive, hrsg. v. Peter Wagner, Claude Didry, Bénédicte Zimmermann (Frankfurt a. M. 2000) 75–99.

Nach den Ausführungen Bichelonnes kannte die Bewirtschaftungspraxis zwei Verfahrensweisen: (a) die auf der Wertschöpfungskette absteigende Methode: Auf jeder Produktionsstufe wurden mithilfe von Einkaufslizenzen (*licences d'achat*) oder Berechtigungsscheinen (*bons-matières*) Anrechte für den Erwerb von Vorprodukten bei bestimmten Lieferanten zugeteilt. Die entsprechenden Stellen des Industrieministeriums verfügten somit über die Möglichkeit zur direkten Verteilung von Input-Faktoren, (b) die aufsteigende Methode: Die Bewirtschaftung setzte beim Endproduzenten an. Zur Produktion einer Fertigware wurden Bezugsscheine zum Erwerb von Vorleistungen erteilt, die bis zum Rohstoffherzeuger reichten. Dies erlaubte den Unternehmern, ihre jeweiligen Lieferanten selbst auszuwählen. Die zweitgenannte Methode war nur in wenigen Industriezweigen, wie etwa der Eisen- und Stahlindustrie, relativ problemlos anzuwenden⁴⁹. Denn es mussten zwei Bedingungen erfüllt sein, damit sie Erfolg haben konnte: a) Die Bewirtschaftungsbehörden mussten genaue Kenntnisse über die Inputnachfrage des Endproduzenten haben, was die Fertigung relativ homogener Produkte voraussetzte, b) es mussten noch in ausreichender Menge entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen. Als Praktiker schätzte Bichelonne, dass die Vorräte ungefähr der Hälfte des Normalverbrauchs entsprechen mussten. Die erste Methode erlaubte der zentralen Bewirtschaftungsbehörde hingegen jederzeit eine flexible Steuerung auf allen Ebenen des Produktionsprozesses.

Die Unterordnung der Organisationskomitees unter das zentrale Bewirtschaftungsamt wird ebenfalls durch einzelne Schilderungen über Konfliktsituationen belegt⁵⁰. Beispielsweise dokumentieren zahlreiche Akten harsche Anfragen der Leiter der Komitees, aber auch einzelne Unternehmen legten immer wieder Einsprüche gegen mangelnde Zuteilungen ein⁵¹. Besonders mittlere und kleinere Betriebe führten Klage über Benachteiligungen. Daneben traten die typischen Erscheinungen einer Engpasswirtschaft auf: Mit den Berechtigungsscheinen wurde Handel getrieben, und es kam immer wieder zur Warenhortung⁵². Dass sich die Bewirtschaftung keineswegs, wie gedacht, als ein gutes Zusammenspiel des zentralen Bewirtschaftungsamts mit den Organisationskomitees gestaltete, lag an den Engpässen der Kriegswirtschaft und den deutschen Eingriffen in das Verteilungssystem. Die Balance zwischen der Aufrechterhaltung einer ausgewogenen Basisversorgung der französischen Wirtschaftsbranchen und der Durchsetzung kurzfristiger deutscher Rüstungsproduktionsziele wurde regelmäßig zugunsten von letzteren verschoben.

Auch Produktionsverbote wurden bereits früh erlassen. Im September 1940 verlangte die MBF-Wirtschaftsabteilung von der Metall verarbeitenden Industrie,

⁴⁹ *Margairaz, L'état, les finances et l'économie* 575.

⁵⁰ *Philippe Verheyde, Comité d'organisation des industries du bois et aryanisation économique*, in: *Joly, Comités d'organisation* 250. Vgl. auch verschiedene Protokolle der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in: ANP, F 37/3.

⁵¹ *Margairaz, L'état, les finances et l'économie* 578.

⁵² *Vinen, Politics of French Business* 142.

dass sie ihre Produktpalette mit den „im Reich bewährten Herstellungsverbotten in Einklang“ bringe⁵³. Zur Konkretisierung wurden Listen von Gütern erstellt, deren Produktion unter Verwendung von Eisen untersagt war⁵⁴. Einen markanten Einschnitt setzte die Verordnung zur Neuordnung der Wirtschaft vom 17. Dezember 1941, denn sie wurde von der Besatzungsmacht zur Durchsetzung von kriegsbedingten Betriebsschließungen genutzt⁵⁵. Zwar dauerte es einige Monate, bis die Realisierung erfolgte, doch im Mai 1942 legte das französische Industrieministerium auf deutschen Druck hin eine Liste mit fast 2000 zur Schließung bestimmten Betrieben vor⁵⁶. Ganz oben auf der Agenda stand die Einsparung von Kohle und NE-Metallen, sodass 16 Glasereien, 40 Konservendosenfabriken und 50 Gießereien betroffen waren. Dass in dieser Periode aber auch die Freisetzung von Arbeitskräften ein zunehmend wichtiges Anliegen wurde, belegt die Schließung zahlreicher Betriebe, die Verbrauchsgüter herstellten, darunter 300 pharmazeutische Unternehmen, 154 Textilbetriebe, 135 Seifenhersteller und jeweils rund 100 Fabriken in den Bereichen Farben, Kunsthandwerk und Spielzeugproduktion. Die Betriebsschließungen führten der kollaborierenden französischen Verwaltung klar vor Augen, was die Deutschen mit kriegswirtschaftlicher Konzentration meinten und dass keine dauerhaften Entwicklungskonzepte für die französische Wirtschaft zu erwarten waren.

4. Die Außenhandelslenkung durch die Zentralauftragsstelle West (Zast)

Zur gleichen Zeit wie die bisher beschriebenen Institutionen entstand auf Anordnung von Hermann Göring die Zentralauftragsstelle West, die im September 1940 ihre Arbeit aufnahm⁵⁷. Wie in anderen besetzten Territorien diente die Pariser Dienststelle zur „planmäßigen Ausnutzung“ der französischen Wirtschaft für die Kriegsführung. Deutsche Bestellungen ab einem Volumen von mehr als 5000 Reichsmark mussten von der Zast genehmigt werden, bevor sie den französischen

⁵³ ANP, AJ 40/444. MBF, Chef des Verwaltungsstabes. Lagebericht für den Monat September 1940 vom 2. Oktober 1940.

⁵⁴ ANP, AJ 40/408. MBF-Abt. Wirtschaft. Besondere Wirtschaftsordnung zur Eisen- und Stahlbewirtschaftung vom 22. Juli 1941.

⁵⁵ Vgl. Journal Officiel vom 23. Dezember 1941, S. 5500. Loi du 17 décembre 1941 relative à l'établissement d'un plan d'aménagement de la production.

⁵⁶ ANP, F 37/4. Ministère de la Production Industrielle. Erste Liste zu den Betriebsschließungen gemäß der Verordnung vom 17. Dezember 1941, erstellt am 21. Mai 1942.

⁵⁷ *Hans Umbreit*, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Halbbd. 1: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen, hrsg. v. *Bernhard Kroener*, *Rolf-Dieter Müller*, *Hans Umbreit* (Stuttgart 1988) 234; im Folgenden zitiert: *Umbreit*, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft. Zur Auftragsverlagerung vgl. auch Scherner in diesem Bd.

Betrieben zugeleitet wurden⁵⁸. Unter ihrer Aufsicht stand das Verfahren der so genannten Auftragsverlagerung, das zu einer bevorzugten Belieferung ausgesuchter Nachfrager im Deutschen Reich sowie der deutschen Wehrmacht führte.

Für die Lenkung der deutschen Bestellungen setzte die Zast bei der Bewirtschaftung an, d.h. der Schlüsselstelle für die industrielle Produktion⁵⁹. Sie teilte dem Auftrag die benötigte Menge von Rohstoffen und Halbfertigwaren zu und leitete ihn sodann an das interessierte französische Unternehmen weiter. Dieses wurde nach Vorlage des so genannten Zast-Scheins bei der zuständigen Sektion des zentralen Bewirtschaftungsamts gegenüber dem regulären Verteilungsmodus bevorzugt. Der Exporteur stellte einen speziellen Zahlungsschein aus, den der deutsche Lieferungsempfänger beglich.

Aus dem Blickwinkel der französischen Unternehmen war die Entgegennahme deutscher Aufträge in dreifacher Hinsicht von Vorteil:

- a) Angesichts der Engpässe an Inputs eröffnete die Annahme der Verlagerungsaufträge vielfach erst die Möglichkeit, die Produktion überhaupt aufrecht zu erhalten und das betriebliche Überleben zu sichern⁶⁰.
- b) Finanziell versprach das angebotene Geschäft einen Gewinn. Das exportierende Unternehmen erhielt die Rohstoffe zu den französischen Inlandspreisen und war gehalten, die Rechnung auf Basis der 1939 festgelegten Preise zuzüglich eines Inflationszuschlags (z.B. von 23 Prozent im Oktober 1941) auszustellen. Als Alternative akzeptierte die deutsche Preiskontrolle die Fakturierung in Kostenpreisen unter Berücksichtigung angemessener Gewinnaufschläge (ökonomisch gerechtfertigter Preis)⁶¹. Nach der zweiten Variante erreichten die Exportpreise meist das deutsche Preisniveau, teilweise überschritten sie es ab 1942 sogar⁶².
- c) Die Setzung positiver Anreize verband sich im Verlauf des Krieges immer mehr mit Zwängen, die die Betriebe je nach Branchenzugehörigkeit in unterschiedlicher Intensität betrafen. So leistete seit 1942 die Aufrechterhaltung der Exportproduktion z.B. auch einen Schutz vor der Zwangsverschickung der Arbeitskräfte nach Deutschland⁶³.

Um den unter Punkt b) genannten Gewinnspielraum der Unternehmen teilweise abzuschöpfen, versuchte sich der französische Staat mit einer Produktionssteuer (*taxe de péréquation*) einzuschalten. Diese Abgabe floss in eine Ausgleichskasse, mit der die Einfuhr von Waren aus Deutschland subventioniert werden sollte. 1941 geriet das Verfahren in die Kritik der MBF-Wirtschaftsabteilung, weil

⁵⁸ ANP, AN AJ 40/444. Chef des Verwaltungsstabes, Lagebericht Monat Oktober 1940 vom 1. November 1940.

⁵⁹ *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 596.

⁶⁰ Vgl. ebd. 597.

⁶¹ ANP, F 37/8. Sitzungsprotokoll interner Verhandlungen der Délégation Générale des relations économiques (DGRE) vom 6. Oktober 1941.

⁶² ANP, AJ 40/444. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht Monate Juni-September 1942 vom 9. November 1942.

⁶³ Vgl. unten Abschnitt 5.

es den vom französischen Exporteur zu erzielenden Gewinn schmälerte⁶⁴. Die französische Seite konnte sich jedoch gegen die deutsche Forderung nach einer völligen Abschaffung zumindest partiell behaupten. Eine Vereinbarung vom 14. April 1942 legte fest, dass die Steuer nur von dem Unterschiedsbetrag zwischen dem französischen Inlandspreis und dem vereinbarten Ausfuhrpreis zu erheben sei und dass sie weder zu einer nachträglichen Erhöhung des Exportpreises noch zu einer sonstigen Behinderung der Kaufabschlüsse führen durfte⁶⁵. Um den ungehinderten Warenverkehr nicht zu beeinträchtigen, verzichtete das Deutsche Reich seinerseits auf die Erhebung von Importzöllen.

Das dem französischen Industrieministerium zugesagte Verfahren des gegenseitigen Rohstoffaustauschs blieb in den meisten Fällen Theorie. Um durch den Export entstehende inländische Versorgungslücken auszugleichen, sollte das französische Bewirtschaftungsamt bevorzugt Importe aus Deutschland erhalten. Zahlreiche Einsprüche in den Pariser Wirtschaftsverhandlungen machten indes deutlich, dass die deutsche Seite diese Vereinbarung kaum einhielt. Beispielsweise mahnte Bichelonne zugesagte Weißblechlieferungen an, fand aber beim MBF lange Zeit kein Gehör⁶⁶. Deutsche Lieferungen im Bereich der NE-Metalle trafen erstmals im Juli/August 1941 ein⁶⁷. Die für Frankreich negative Bilanz des Außenhandels lässt sich an der Entwicklung des Clearing-Kontos ablesen, das der bilateralen Verrechnung diente. Die Clearing-Neuverschuldung des Deutschen Reiches wuchs im monatlichen Mittel von 65 Millionen RM im Jahr 1941 über 160 Millionen RM (1942) auf 260 Millionen RM (1943) und 342 Millionen (erstes Halbjahr 1944), so dass die Gesamtsumme, inklusive der Salden von 1940, im Juni 1944 die Acht-Milliarden-Grenze überschritt⁶⁸.

Die Festlegung so genannter V(orzugs)- und Rü(stungs)-Betriebe im März 1941 war eine Konsequenz des installierten Lenkungssystems⁶⁹. Als V-Betriebe galten alle Versorgungsbetriebe (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke), alle Werke der Urproduktion (z. B. Kohlen- und Erzbergbau) sowie die Betriebe, deren Produktion im gesamtwirtschaftlichen oder im deutschen Interesse lag. Sie durften mit bevorzugten Input-Lieferungen rechnen, und unvermeidliche Einschränkungen betrafen sie zuletzt. Die Verschärfung der Versorgungslage, insbesondere im Bereich von Kohle und anderen Energieträgern, führte Anfang 1942 zu einer weite-

⁶⁴ BArch-MA, RW 35/8. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht August/September 1941 vom 30. September 1941.

⁶⁵ ANP, F 37/8. Sitzungsprotokoll der Verhandlung innerhalb der DGRE vom 28. Januar 1942. ANP, AJ 40/444. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht April-Mai 1942 vom 31. Mai 1942.

⁶⁶ ANP, AN F 37/3. Protokoll der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlung im Hotel Majestic vom 11. August 1941.

⁶⁷ Margairaz, L'état, les finances et l'économie 602.

⁶⁸ ANP, AJ 40/444. MBF Zentralabteilung. Lagebericht über Verwaltung und Wirtschaft für Juni 1944 vom 13. Juli 1944 sowie weitere Monatsberichte (1942, 1943) über den auswärtigen Waren- und Zahlungsverkehr. Vgl. auch Umbreit, Militärbefehlshaber in Frankreich 216.

⁶⁹ ANP, AJ 40/443. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht März 1941 vom 5. April 1941. ANP, AJ 408. MBF-Abt. Wirtschaft. Wirtschaftsordnung betr. bevorzugte Versorgung von Betrieben mit Roh- und Betriebsstoffen vom 1. April 1941.

ren Differenzierung unter den V-Betrieben⁷⁰. Eine engere Gruppe der VA-Betriebe wurde für die Kriegswirtschaft als so bedeutend eingestuft, dass man sie den Rüstungsbetrieben gleichstellte. Dagegen konnten für die VB-Betriebe gewisse betriebliche Einschränkungen angeordnet werden. Die Schwelle zur Anerkennung als VA-Betrieb wurde von einem 40-prozentigen Anteil rüstungs- und exportrelevanter Aufträge auf einen 80-prozentigen Anteil erhöht. Diese Verschärfung der Kriterien für eine positive Selektion folgte zeitlich unmittelbar auf die negative Auslese durch die Verordnung zu den Betriebsschließungen.

Um eine enge Verbindung der Lenkungsinstitutionen zu sichern, sollten die deutschen Ausschüsse und Ringe weisungsgebundene Frankreich-Beauftragte benennen⁷¹. Ab Juni 1943 überwachten die Beauftragten die Bildung so genannter Verlagerungsgemeinschaften, in denen die deutschen Vertragspartner als Paten- und Leitfirmen bezeichnet wurden⁷². Diese Firmenzusammenschlüsse richteten wiederum Stellen ein, deren Fachpersonal zum einen in Kontakt mit den Warenstellen für die Inputs sorgte und zum anderen die Umsetzung der auferlegten Fertigungsprogramme kontrollierte⁷³. Mit Einverständnis Bichelottes wurde das System der direkten betrieblichen Verbindungen auch im Süden Frankreichs eingeführt.

Trotz des Ziels der wirtschaftlichen Gleichbehandlung des gesamten französischen Staatsgebietes gelang die Einbindung der unbesetzten Zone zunächst weniger umfassend, sodass die Vichy-Regierung dort deutsche Lieferungsanforderungen abzuwehren vermochte⁷⁴. Erst mit dem Einmarsch im November 1942 und den Maßnahmen des Jahres 1943 erfasste das System der Auftragsverlagerung den französischen Süden wirkungsvoller. Stichproben für zwei Monate zeigen, wie stark der Umfang der Lieferungen Gesamtfrankreichs anwuchs: 250 Millionen RM im März 1941 standen 430 Millionen RM im April 1943 gegenüber⁷⁵. Einer Bilanz der Zentralauftragstelle Frankreich zufolge wurden die deutschen Aufträge während der Besatzungszeit zu 62 Prozent erfüllt⁷⁶. Ein Vergleich der offiziell für

⁷⁰ ANP, AJ 40/409. MBF-Abt. Wirtschaft. Wirtschaftsordnung zur Aufteilung der V-Betriebe in VA- und VB-Betriebe vom 16. Januar 1942.

⁷¹ BAArch Berlin R 3101/32261. Schreiben des Rüstungsministers Speer an die deutschen Ausschüsse und Ringe betr. der rüstungswirtschaftlichen Nutzbarmachung Frankreichs vom 1. Juni 1943.

⁷² *Arne Radtke-Delacor*, Produire pour le Reich. Les commandes allemandes à l'industrie française (1940-1944), in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire* 70 (2001) 109; im Folgenden zitiert: *Radtke-Delacor*, Produire pour le Reich. Vgl. auch: ANP, AJ 72/1929. Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion/Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan, Erlass über die Auftragsverlagerung in die besetzten Westgebiete vom 3. Dezember 1943.

⁷³ *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 703.

⁷⁴ ANP, F 37/4. Gesprächsprotokoll der Verhandlung von Jacques Barnaud mit Elmar Michel (Leiter der Abt. Wirtschaft des MBF) vom 29. Januar 1942.

⁷⁵ ANP, AJ 40/443. MBF, Abt. I a Kommandostab. Lagebericht zum März 1941 vom 31. Mai 1941. ANP, AJ 40/444. MBF Zentralabteilung. Lagebericht über Verwaltung und Wirtschaft April-Juni 1943 vom 21. Juli 1943.

⁷⁶ *Radtke-Delacor*, Produire pour le Reich 114f.

die Wehrmacht erfassten Verlagerungen ins besetzte Frankreich (2,6 Milliarden RM bis zum 1. Oktober 1943) mit der bis zu diesem Zeitpunkt erreichten Clearingverschuldung von rund fünf Milliarden RM lässt erkennen, dass fast die Hälfte der Lieferungen nicht zur Deckung des unmittelbaren Wehrmachtbedarfs diente⁷⁷. Die ins Reich gelangten Lieferungen, die in Vertragswerken wie dem genannten Kehrl-Plan zusammengefasst waren, reichten von Rohstoffen und Investitionsgütern bis zu Konsumgütern, z. B. 1,2 Millionen Kinderschuhen und 2,2 Millionen Damenschuhen im Jahr 1941⁷⁸. Frankreich gehörte zu den europäischen Ländern mit dem höchsten Volumen an Verlagerungsaufträgen, lieferte aber nicht die Hälfte des Wehrmachtverbrauchs, wie manche Statistiken ausweisen⁷⁹.

5. Geldschöpfung und Preispolitik

Wollte die Wehrmacht auf Plünderung und unbezahlte Requisitionen verzichten, benötigte sie große Geldsummen, um die Lieferungen der französischen Unternehmen zu bezahlen. Der Weg zu flüssigen Geldmitteln führte über die Auferlegung unverhältnismäßig hoher Besatzungskosten von 20 Millionen Reichsmark pro Tag⁸⁰. Nach der Abwertung der französischen Währung im Verhältnis zur Reichsmark von 17:1 in der unmittelbaren Vorkriegszeit auf 20:1 seit Beginn der Besatzungszeit entsprach dies einer Summe von 400 Millionen Francs, die täglich auf das Besatzungskonto flossen.

Die Höhe der Besatzungskosten stellte 1940/41 einen ständigen Zankapfel in den Wiesbadener Verhandlungen der deutschen und der französischen Waffenstillstandskommission dar. Schließlich gelang es der französischen Delegation auf dem Verhandlungswege, die Summe auf 300 Millionen Franc pro Tag zu drücken⁸¹. Von deutscher Seite aus wurde dieses Zugeständnis mit einem Junktim verbunden. Denn im Gegenzug musste sich die französische Regierung verpflichten, der Einsetzung von drei Kommissaren zuzustimmen: einem in der französi-

⁷⁷ *Hans Umbreit*, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, 2. Halbbd.: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, hrsg. v. *Militärgeschichtlichen Forschungsamt* (Stuttgart 1999) 186; im Folgenden zitiert: *Umbreit*, Herrschaft in den besetzten Gebieten. ANP, AJ 40/444. MBF Zentralabteilung. Lagebericht über Verwaltung und Wirtschaft Oktober–Dezember 1943 vom 27. Januar 1944.

⁷⁸ *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 613–629.

⁷⁹ Jonas Scherner in diesem Bd. im Gegensatz zu *Umbreit*, Herrschaft in den besetzten Gebieten 186f. Umbreits Aufstellung zum 1. Oktober 1943 weist weder Italien noch das Reichsprotoktorat aus.

⁸⁰ Zur Problematik ausführlich: *Marcel Boldorf*, *Jonas Scherner*, France's Occupation Costs and the War in the East. The Contribution to the German War Economy, 1940–1944, erscheint in: *Journal of Contemporary History* (2012). Im Folgenden zitiert: *Boldorf*, *Schermer*, France's Occupation Costs.

⁸¹ ANP, F 37/3. Protokoll des Treffens der deutschen und französischen Delegation vom 9. Mai 1941.

schen Nationalbank, zwei weiteren für die Aufsicht über den Devisenverkehr und den Außenhandel. Das deutsche Einlenken wird allerdings verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass sich zu dieser Zeit, d.h. im Mai 1941, auf dem Besatzungskonto ein Überschuss von 2,9 Milliarden Reichsmark angehäuft hatte, also nur rund 55 Prozent der in den ersten elf Besatzungsmonaten von französischer Seite bezahlten Summen tatsächlich ausgegeben worden waren⁸². Danach wurde das Geldpolster allmählich abgebaut, sodass die deutschen Besatzer die Okkupation der unbesetzten Zone im November 1942 zum Anlass nahmen, die Besatzungskosten auf 25 Millionen RM bzw. 500 Millionen Francs heraufzusetzen.

Noch früher als die übrigen Lenkungsinstitutionen ließ sich am 24. Juni 1940 die Reichskreditkasse in der französischen Hauptstadt nieder⁸³. Diese Besatzungsbank gab so genannte Reichskreditkassenscheine aus, die vor allem der Wehrmacht als Zahlungsmittel für ihre Einkäufe bei französischen Unternehmen dienten. Somit konnten die Rüstungs- und Ausstattungsgüter bezahlt werden, ohne dass stimulationsfeindliche Requisitionsmaßnahmen angewandt wurden. Der französische Lieferant tauschte den Schein bei seiner Bank gegen Francs ein. Es bestand ein Annahmewang, und die Bank löste den Kreditkassenschein bei der Zentralbank ein. Die ausgegebenen Beträge wurden schließlich auf dem Besatzungskonto verbucht. Dieses System wurde bis Ende 1943 aufrecht erhalten, obwohl die Reichskreditkassenscheine auch aus anderen europäischen Besatzungsgebieten nach Frankreich einströmten⁸⁴. Um die finanziellen Forderungen zu bedienen, musste der französische Staat die Steuern erhöhen und die Notenpresse einschalten. Die Aufblähung der in Umlauf gebrachten Menge französischen Geldes führte unweigerlich zur Inflation⁸⁵.

Infolge dieses Systems herrschte zu Beginn der Besatzungsherrschaft kein Mangel an flüssigen Mitteln zur Deckung des deutschen Bedarfs. Erst mit zunehmender Verknappung der Mittel drängte die Besatzungspolitik auf Preisstabilität, was den ursprünglich auf Währungsstabilität gerichteten Interessen der französischen Kollaborateure entgegenzukommen schien⁸⁶. Die fortschreitende Geldentwertung drohte die Leistungsanreize im besetzten Frankreich zu verringern⁸⁷. Zu Beginn der Besatzungszeit lag das Preisniveau, gerechnet in Reichsmark, erheblich niedriger als im Deutschen Reich, weil Frankreich schon 1936 seine Währung einmal abgewertet und die vom Besatzer verordnete erneute 15-prozentige Zwangsabwertung des Franc zu einer zusätzlichen Verschlechterung der französischen Position gegenüber Deutschland geführt hatte.

⁸² ANP, AJ 40/443. MBF-Kommandostab Abteilung Ia. Lagebericht April/Mai 1941 vom 31. Mai 1941.

⁸³ ANP, AJ 40/578. MBF Abt. Wirtschaftsorganisation (Westphal). Sechste Tagesmeldung an das Oberkommando der Wehrmacht nach der Besetzung Frankreichs vom 24. Juni 1940.

⁸⁴ Umbreit, Militärbefehlshaber in Frankreich 216.

⁸⁵ Michel Margairaz, La Banque de France et l'occupation, in: Banques, Banque de France et Seconde Guerre mondiale, hrsg. v. *dems.* (Paris 2002) 38–41.

⁸⁶ Margairaz, L'état, les finances et l'économie 543–547.

⁸⁷ Vgl. Boldorf, Scherner, France's Occupation Costs.

Das deutsche Interesse, dieses Gefälle aufrecht zu erhalten, lässt sich auf drei Gründe zurückführen: a) Es beförderte den Export ins Deutsche Reich. Die Preisdifferenz ermöglichte den französischen Unternehmen, bei der Lieferung nach Deutschland höhere Gewinne als beim Verkauf im Inland zu erzielen. b) Ein Importsog in das besetzte Territorium wurde vermieden. Wäre das französische über das deutsche Preisniveau gestiegen, hätte ein Abfluss von Konsumgütern aus Deutschland befürchtet werden müssen. c) Hinzu kamen preispolitische Gründe, die denen im Deutschen Reich entsprachen. Die Eindämmung inflationärer Tendenzen diente dazu, das Niveau des Konsums bei gleichbleibenden Löhnen nach Möglichkeit zu stabilisieren.

Folgerichtig bemühte sich die deutsche Besatzung schon 1940 um die Effektivierung der bereits vorher installierten Preisüberwachung. Die Preiskontrollstelle des *Comité National de la Surveillance des Prix* existierte seit August 1936 und untergliederte sich in ein Comité Interministeriel sowie *Comités Départementaux*. Letztere verloren ihre Preisbildungskompetenz und nahmen nunmehr eine reine Überwachungsfunktion ein. Als Nachfolger des *Comité National* wurde eine *Sous-direction des prix* im Finanzministerium gebildet, die als oberste Preisbehörde für das besetzte und unbesetzte Gebiet fungierte. Sie stellte die allgemeinen Richtlinien für das materielle Preisrecht auf. Um Verstöße gegen Preisbestimmungen besser verfolgen zu können, ordnete der MBF die Einbeziehung der Zöllner, die an den Außengrenzen nicht mehr gebraucht wurden, in die Überwachung an⁸⁸.

Die Gründe für den Preisauftrieb in Frankreich entsprachen weitgehend denen, die für das Deutsche Reich festgestellt werden können. Die zunehmende Abkoppelung vom internationalen Marktgeschehen, d. h. die erzwungene Wirtschaftsautarkie, führte zu einer Verknappung von ausländischen Inputs, zumal Deutschland den vertraglich eingegangenen Lieferungsverpflichtungen nicht nachkam. Dies hatte einen Rückgang der Produktion zur Folge. Substanzverluste entstanden zunächst durch die Requisitionen und dann durch laufende Lieferungen an die Wehrmacht bzw. an deutsche Reichsstellen, denen keine Gegenlieferungen entsprachen. Insbesondere die Erzeugungs- und Lieferengpässe im Winter 1940/41 erhöhten die Kosten, sodass die französische Seite Abweichungen vom starren Preisgefüge forderte⁸⁹.

Preiserhöhungen sollten Anreize zur Ankurbelung der unzureichenden landwirtschaftlichen und industriellen Produktion setzen. Allerdings gab die deutsche Preisstelle den französischen Forderungen erst ab Mitte 1941, als Erhöhungen der Industriearbeiterlöhne akzeptiert worden waren, häufiger nach⁹⁰. Um einen Anstieg der Lebenshaltungskosten zu vermeiden, hielt die MBF-Wirtschaftsabteilung

⁸⁸ ANP, AJ 40/443. MBF-Kommandostab Abteilung Ia. Lagebericht Monat Oktober/November 1941 vom 30. November 1941.

⁸⁹ Margairaz, L'état, les finances et l'économie 551.

⁹⁰ ANP, F 37/3. Protokolle der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vom 27. Mai 1941, 10. und 19. Juni 1941, 5. November 1941.

den französischen Staat zu einer hohen Subventionierung des Grundverbrauchs an. Wegen der hartnäckigen Weigerung der deutschen Preisstelle erfolgte bis November 1941 keine Anhebung des Verbraucherpreises für Brot. Erst im Winter 1941/42 gab es zwei rasch aufeinander folgende Erhöhungen, danach stagnierte der Preis wieder bis 1944. Über den Brotpreis führten französische und deutsche Delegationen langwierige Verhandlungen, doch schließlich musste der französische Fiskus den Brotpreis 1941 mit 2,5 Milliarden Francs (125 000 RM) und 1942 mit 3,2 Milliarden Francs (160 000 RM) stützen⁹¹. Gleichzeitig leistete der französische Staat einen direkten Beitrag zur Kriegsfinanzierung, indem er die Produktionskosten in der Kohleförderung und in der Eisenindustrie mit hohen Summen subventionierte.

6. Die Arbeitskräftelenkung

Die Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung wurden durch die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften konterkariert. Die Anfänge der Arbeitskräfteanwerbung ins Deutsche Reich konzentrierten sich auf das Departement de la Seine, d.h. den Raum Paris, weil dort nach dem Einmarsch eine besonders hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war⁹². Die Vermittlung beruhte auf dem Prinzip des *volontariat*, auch wenn die Forschung häufig von einer „gelenkten Freiwilligkeit“ ausgeht⁹³. In einzelnen Regionen, z.B. Nord/Pas-de-Calais, fanden schon 1940 gewaltsame Rekrutierungen statt. Durch die Betriebsstilllegungen und andere Kriegsmaßnahmen gerieten die Arbeiter in eine materielle Zwangslage. Unter Mithilfe der kollaborierenden französischen Technokraten gelangten bis September 1941 im Zuge des so genannten Reichseinsatzes 48 500 französische Arbeitskräfte ins Deutsche Reich. Das waren aber lediglich drei Prozent der damals bereits eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte, die zu diesem Zeitpunkt in der Mehrzahl polnischer Herkunft waren⁹⁴.

An die Umsetzung der Betriebsschließungen im Frühjahr 1942 schloss sich die Phase vermehrter Zwangsverpflichtungen von Arbeitskräften an. Die französischen Kollaborateure erfüllten die deutsche Forderung nach Ausarbeitung von Konzepten; zum Beispiel erwog François Lehideux bereits im Januar 1942 die Möglichkeit der Errichtung eines Arbeitsdienstes⁹⁵. Der Übergang zur Zwangsverschickung von Arbeitskräften nach Deutschland ist mit dem Namen des thüringischen Gauleiters Fritz Sauckel verbunden. Ultimativ forderte dieser im März

⁹¹ ANP, AJ 40/443. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht für Oktober/November 1941 vom 30. November 1941.

⁹² BArch-MA, RW 35/10. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht für den Monat August 1940 vom 2. September 1940.

⁹³ Bernd Zielinski, Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitseinsatz im Dritten Reich (Münster 1995) 81; im Folgenden zitiert: Zielinski, Staatskollaboration.

⁹⁴ Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft 262.

⁹⁵ Roussio, Régime de Vichy 96.

1942 eine halben Million französische Arbeitskräfte. Die neue französische Regierung unter Pierre Laval beantwortete dies mit dem Vorschlag eines Systems der „Ablösung“ (Relève), d.h. des Austauschs im Reich inhaftierter französischer Kriegsgefangener gegen Arbeiter, die sich freiwillig für den Arbeitseinsatz in Deutschland meldeten. Da sich auf diesem Wege nur 20 000 Arbeitskräfte rekrutieren ließen, verfügte der französische Gesetzgeber am 4. September 1942, dass die Arbeitskraft in den Dienst der Nation zu stellen sei. Auf der Basis dieses Dienstpflichtgesetzes setzten während der folgenden Monate die Zwangsverschickungen ein⁹⁶. In vier so genannten Sauckel-Aktionen zwischen Juni 1942 und Dezember 1943 gingen die Besatzungsbehörden mit französischer Hilfe zur offenen Dienstverpflichtung über. Der Zwangsarbeitsdienst des *Service du Travail Obligatoire* (STO) führte zur Verschickung ganzer Geburtsjahrgänge, z.B. bei seiner Einführung im Februar 1943 der 1920, 1921 und 1922 Geborenen⁹⁷. Für den zum Industrieminister aufgestiegenen Jean Bichelonne stellte der Arbeitsdienst die logische Konsequenz der seiner Meinung nach notwendigen autoritären Arbeitskräftebewirtschaftung dar.

Die von Bichelonne vertretene Kollaborationspolitik manövrierte sich in eine Sackgasse, wie sein Berliner Treffen mit Albert Speer im September 1943 zeigte⁹⁸. Alleiniger Verhandlungsgegenstand war die stärkere Einbeziehung Frankreichs in die deutsche Kriegswirtschaft. Die Verhandlungspartner einigten sich unter anderem auf die Definition rüstungsrelevanter Sperrbetriebe (S-Betriebe) aus denen keine Arbeitskräfte abgezogen werden durften⁹⁹. Diese Vereinbarung stand aber Sauckels Vorstellungen zur „Reichsnutzung“ der Arbeitskräfte entgegen, denn die deutschen Anwerber suchten bevorzugt nach gelernten Industriearbeitern. Die Bestrebungen der französischen Regierung richteten sich nun darauf, die Arbeitskräfte in Frankreich unentbehrlich zu machen. Dementsprechend bemühte sich das Industrieministerium, dass a) die Rüstungsbetriebe gute Produktionsergebnisse erzielten, um der Gefahr der Schließung zu entgehen, b) andere Betriebe ihre Produktpalette um rüstungsrelevante Güter erweiterten, damit sie in die Liste der Sperrbetriebe Aufnahme fanden, c) den S-Betrieben die Arbeitskräfte erhalten blieben¹⁰⁰. Die Logik der Kollaboration verschob sich in der Weise, dass die französischen Technokraten zu Verteidigern der Speer-Planungen wurden, um die Sauckel-Forderungen abzuwehren. Die Bilanz der französischen Zwangsarbeit liest sich wie folgt: 200 000 so genannte Freiwillige und 650 000 Dienstverpflichtete-

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Zielinski, Staatskollaboration 140. Dort ausführlich zu den Sauckel-Aktionen: 106–175.

⁹⁸ ANP, AJ 72/1926. Delegation des französischen Industrieministeriums (Bichelonne, Cosmi u.a.). Protokoll des Treffens mit Albert Speer und dessen Stab vom 20. September 1943.

⁹⁹ ANP, AJ 40/444. MBF Zentralabteilung. Lagebericht über Verwaltung und Wirtschaft Oktober–Dezember 1943 vom 27. Januar 1944. Vgl. auch: Milward, New Order 157–159.

¹⁰⁰ ANP, AJ 72/1929. Kabinettsleiter des französischen Industrieministeriums Pierre Cosmi. Protokolle der Verhandlungen vom 2. Februar und 28. März 1944 mit Sauckels Frankreich-Beauftragtem SS-Brigadeführer Alfons Glatzl (seit Nov. 1943 Leiter der HA Arbeit des MBF), vgl. auch Umbreit, Militärbefehlshaber in Frankreich 328.

te arbeiteten im Deutschen Reich; hinzu kam rund eine Million arbeitsverpflichteter Kriegsgefangener¹⁰¹.

7. Schlussüberlegungen

Reflektiert man die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete, stellt sich die Frage nach der Semantik dieses Begriffs. Offensichtlich ist es verfehlt, ihn auf Zwangsmaßnahmen wie „Plünderung“, „Beutemachen“ oder „Auskämmaktionen“ zu beschränken. Solche meist punktuellen Eingriffe, die sich stark in das kollektive Gedächtnis eingepägt haben, sind unbestreitbar. Fälle dieser Art konzentrierten sich in Frankreich auf das erste halbe Jahr sowie das Ende der Besatzungszeit, ohne in der dazwischen liegenden Periode völlig an Bedeutung zu verlieren. Manche Autoren schlagen vor, von den zwei Phasen der Plünderung eine mittlere Periode der Jahre 1941 und 1942 zu unterscheiden, in der die deutsche Besatzungsmacht eine langfristige Ausnutzung (*exploitation à long terme*) der französischen Volkswirtschaft angestrebt habe¹⁰². Eine solche Argumentation, die auf der Vorstellung einer nach NS-Maßgaben umgebauten europäischen Nachkriegswirtschaft fußt, führt jedoch in die Irre. Sie verkennet, dass einige reine Ausbeutungsentscheidungen, die allein der Kriegsführung dienten, in der identifizierten mittleren Periode lagen, darunter vor allem die Schließung von Betrieben, die für den normalen wirtschaftlichen Kreislauf unentbehrlich waren, sowie die Sauckel-Forderungen, die schon im Frühjahr 1942 formuliert wurden. Eine gewisse Häufung für Frankreich wirtschaftlich negativer Entscheidungen fiel mit der Abdankung Pétains und der Bildung der Laval-Regierung zusammen, was mit dem Diktum vom „second Vichy“¹⁰³ übereinstimmt. Vielfach wurden allerdings nach jener Zäsur bereits gefällte Entscheidungen nur mit größerer Konsequenz umgesetzt.

Anfang 1944 formulierte die Zentralabteilung des MBF folgende rückblickende Charakterisierung: „Die Umwandlung einer freihändlerischen, kolonial ausgerichteten, mit Weltmarktpreis arbeitenden Vorkriegswirtschaft in eine autarke, binnenstaatliche, nach übergeordneten Gesichtspunkten gelenkte Kriegswirtschaft ist ohne erhebliche Preisveränderungen nicht durchführbar.“¹⁰⁴ Die Textstelle, die mit apologetischer Absicht für übergeordnete Wehrmachtkommandos geschrieben wurde, befasst sich vordergründig mit Versäumnissen der Preispolitik, wobei

¹⁰¹ *Rouso*, Régime de Vichy 98.

¹⁰² *Hans Umbreit*, Die Verlockung der französischen Ressourcen: Pläne und Methoden zur Ausbeutung Frankreichs für die kriegsbedingten Bedürfnisse und die langfristigen Ziele des Reichs, in: *La France et l'Allemagne en guerre. Septembre 1939–novembre 1942*, hrsg. v. *Claude Carlier, Stefan Martens* (Paris 1990) 437. *Radtko-Delacor*, Produire pour le Reich 103. *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 593.

¹⁰³ *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 671.

¹⁰⁴ ANP, AJ 40/444. MBF Zentralabteilung. Lagebericht über Verwaltung und Wirtschaft Oktober-Dezember 1943 vom 27. Januar 1944.

die MBF-Abteilung Wirtschaft relativ spät auf Geheiß des Berliner Reichsfinanzministeriums den Weg einer antiinflationären Politik einschlug. In zweiter Linie lenkt sie den Blick auf die grundlegende Umorientierung der französischen Volkswirtschaft, die gleich nach der deutschen Besetzung eingeleitet wurde und sich subtiler Mittel bediente. Als wesentliche Merkmale der gelenkten Kriegswirtschaft lassen sich nennen: a) die Installierung von Institutionen zur Input-Lenkung, insbesondere die zentrale Bewirtschaftungsbehörde und die Zentralauftragsstelle, b) die Konservierung ungleicher Handelsverhältnisse durch die Auftragsverlagerung, mit der die Rohstoffzuteilung immer enger verknüpft wurde. Die Ausbeutungsabsicht zeigt das Clearing-Konto, das ständig ein deutsches Defizit aufwies, c) die Geldschöpfung infolge überzogener Besatzungskostenforderungen sowie das Flüssigmachen der Mittel für die Wehrmacht und die Besatzungsverwaltung u. a. durch die Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen, d) die Abwälzung der Kosten der unausweichlichen Inflation auf den französischen Staat. Von den Rohstoffen bis zur Lebensmittelerzeugung musste die Staatskasse Zuschüsse leisten, damit die Verkaufspreise niedrig gehalten werden konnten, e) die spärliche Anwendung von Zwang gegenüber Unternehmen. Während kriegswichtige Unternehmen mit einer Sonderstellung (Rüstungs-, Vorzugs- und Sperr-Betriebe) rechnen durften, wurden konsumorientierte Betriebe geschlossen und deren Arbeiter zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt.

Diese Punkte machen deutlich, dass die Formulierung der „häufig gebrauchten Redewendung die ‚Kuh‘ schlachten und auf einmal zu konsumieren, oder sie über einen längeren Zeitraum hinweg zu melken“ auf die falsche Fährte führt¹⁰⁵. Das System der deutschen Kriegswirtschaft beruhte darauf, Frankreich auszubeuten und zugleich an entscheidenden Punkten anreizfeindliche Strukturen zu vermeiden. Im Gegenteil stimulierte das Lenkungssystem der Kriegswirtschaft auf verschiedenen Ebenen die Zusammenarbeit geradezu: a) Die kollaborierenden Verwaltungen waren angesichts der offenkundigen Möglichkeit eines Raub- und Plünderungskriegs bestrebt, die französische Wirtschaft zunächst als Ganzes, später zumindest in Teilen funktionsfähig zu halten. b) Den Unternehmern blieben die Gewinnmöglichkeiten erhalten. Trotz ihres späteren Verweises auf ihre angebliche Zwangslage sicherten sich manche unter ihnen erkleckliche Kriegsgewinne. Die Rechnung in Form von Subventionen, Besatzungskosten usw. bezahlte der Staat. c) Das System selektiver Anreizsetzungen zielte auch auf gewisse Gruppen der Arbeiterschaft. Im letzten Jahr vor der Befreiung funktionierte es in den französischen Sperrbetrieben nach einer eigentümlichen Logik: Durch Leistungsorientierung versuchte man, dem drohenden Schicksal des Arbeitseinsatzes in Deutschland zu entgehen.

¹⁰⁵ Vgl. *Umbreit*, Herrschaft in den besetzten Gebieten 184.

Summary

Immediately after the invasion of June 1940, the Economic Division of the German Military Command began to cultivate contacts with French officials who had stayed in the Paris ministries. This occurred in a period which former research has designated as being exclusively characterised by looting and requisitions. With the help of French collaborators, Nazi occupiers installed central institutions in order to control the French economy: the central rationing office, the Central Contracts Office for the supervision of foreign trade, money creation by demanding exorbitant occupation costs, and the control of the mobility of labour. The main aim of these regulations and institutions was to completely orientate the French economy around the needs of German warfare. This paper shows that it was mostly incentive-compatible measures that were taken to organize the exploitation of the largest and most diversified European economy under Nazi control.